

Die niederländische und belgische Christdemokratie gelten sowohl historisch als auch politisch als wichtige Wegbereiter des europäischen Integrationsprozesses – beide Parteien standen bis in die jüngste Vergangenheit für ein dezidiert föderalistisches Europaverständnis, während in den letzten zwei Jahren – zumindest von Seiten des niederländischen CDA und der flämischen CD&V (vormals CVP) die Europapolitik stärker an den nationalen Interessen ihrer Nationen beziehungsweise Landesteile ausgerichtet wurde, die wallonische CDH (vormals PSC) spielt in diesem Zusammenhang eine Sonderrolle, da sie sowohl qua Programm als auch qua praktischer Politik die pro belgischste wie auch die pro europäischste Partei ist.

Diese Entwicklungen sollen im Folgenden skizziert und die Europapolitik der oben genannten Parteien in historischer und gegenwärtiger Perspektive dargestellt werden; ein besonderes Augenmerk gilt dabei auch den innerparteilichen Diskussionen und möglichen Differenzen zwischen einzelnen Parteiflügeln.

Die belgischen Christdemokraten

Die belgischen Christdemokraten bestanden bis 1968 aus CVP/PSC, ab 1968 aus CVP und PSC und ab 2002 aus CD&V und CDH.

Die Europapolitik nahm in den programmatischen und politischen Stellungnahmen der belgischen Christdemokratie nach 1945 stets einen breiten Raum ein. In

erster Linie ging es den Christdemokraten in den Anfangsjahren des europäischen Integrationsprozesses einerseits um die politische, ökonomische und militärische Einbindung Deutschlands in die „westliche Wertegemeinschaft“, auf der anderen Seite sollte aber auch – und dies ist ein nicht zu unterschätzender Faktor der Politik der Christdemokraten gewesen – eine föderale, bundesstaatliche europäische Ordnung geschaffen werden, die nicht nur zukünftige militärische Konflikte verhindern sollte, sondern auch das Konzept einer „ever closer union“ verfolgte.

Die Begründung für diese integrationsfreundliche Politik der belgischen Christdemokratie reichte über die traditionelle Begründung des politischen und militärischen Schutzes durch die (West-)Integration weit hinaus: Im Falle der belgischen Christdemokraten spielten auch immer die Zweifel an der eigenen Nation eine Rolle. Dies galt vor allen Dingen für den flämischen Flügel der Christdemokratie, der in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Zusammenarbeit eines Teiles der Anhänger der flämischen Bewegung mit der nationalsozialistischen Okkupationsmacht, durch die wallonischen Parteien in einer Art Kollektivhaftung für diese Verbrechen genommen wurde. Die flämische Bewegung – auch ihre nicht diskreditierten Teile – entwickelten daraufhin eine Art „Ersatzvaterlandsmentalität“ – diese wurde im Falle des flämischen Flügels der Christdemokraten lange Zeit der Europäische Gedanke.

Mit der zunehmenden Auseinanderdividierung des flämischen und wallonischen Parteiflügels seit den sechziger Jahren und dem Auseinanderbrechen der alten CVP/PSC in zwei selbstständige politische Parteien im Jahre 1968, ausgelöst durch die zunehmende Dezentralisierung Belgiens, begann auch eine neue Phase der Europapolitik.

Während die wallonischen Christdemokraten weiterhin als die belgische Partei par excellence gelten konnten und diese Position als *papa belgique* auch durch eine stark ausgeprägte Europapolitik versuchten zu untermauern, begann bei den flämischen Christdemokraten die Suche nach einer neuen Rolle in einem sich langsam dezentralisierenden Belgien.

Einerseits wurden die flämischen Momente der Politik der CVP stärker betont, zugleich versuchte man aber diese Politik der flämischen Identitätsbildung in eine pro-europäische Identität einzubetten. Man wollte damit den radikaleren Teilen der flämischen Nationalbewegung, repräsentiert bis 1978 durch die Volksunie (VU) und nach 1978 in erster Linie durch den xenophoben und Europefeindlichen Vlaams Blok, mit einem positiven Blick auf die europäische Integration begegnen.

Einbettung der „Flämischen Frage“

Nicht alleine die „Flämische Frage“ sollte im Vordergrund der Politik stehen, sondern auch die Einbettung dieser in die Europäische Integration. Flandern sollte ein Bestandteil eines föderalen Europas mit starken Regionen sein. Die CVP entwickelte dann seit den siebziger Jahren ein ausgeprägt europäisches Profil, indem sie regelmäßig auf die Notwendigkeit weiterer Schritte zur Supranationalisierung der EG hinwies. Die von ihr gestellten belgischen Ministerpräsidenten entwickelten zahlreiche Reformvorschläge in diese Richtung (unter anderem: Tindemanns, Martens, Dehaene).

Mit der vernichtenden Wahlniederlage der CVP im Jahre 1999 und dadurch ausgelöst der Regierungswechsel auf belgischer und flämischer Ebene, veränderte sich auch die politische Positionierung der CVP – dies wird am deutlichsten sichtbar in ihrer Umbenennung von CVP in CD&V im Jahre 2002. CD&V steht für Christelijk Democratisch en Vlaams (Christdemokratisch und Flämisch). Dem flämischen Nationalbewusstsein wird seit diesem Zeitpunkt ein verstärktes Gewicht eingeräumt und die staatspolitischen Vorstellungen wandelten sich von föderalen zu konföderalen Ideen.

Die Europapolitik blieb davon nicht unberührt, verfolgte die CVP lange Zeit eine eher supranationale Idee von Europapolitik, so steht seit der Reorganisation der Partei die Idee eines starken Europas der Regionen im Vordergrund, darüber hinaus wird dem Subsidiaritätsprinzip – ähnlich wie durch die deutsche CDU/CSU – eine gestaltende Kraft in der Europapolitik zugewiesen. Europa wird heute mehr unter pragmatischen denn unter idealistischen Gesichtspunkten gesehen – mit der langsamen aber stetigen Dekonstruktion Belgiens wächst auch bei den flämischen Christdemokraten die Neigung, Flandern politisch mehr Gewicht einzuräumen als Europa.

Nagelprobe Europawahlen 2004

Die Europawahlen im Juni 2004 könnten für die CD&V unter ihrem neuen Vorsitzenden Leterme zu einer Nagelprobe werden: Gelingt der Spagat zwischen weiterer belgischer Dezentralisierung hin zu einer immer loseren Konföderation einerseits und Europäisierung-Supranationalisierung andererseits? Welchen Weg die CD&V in Bezug auf die Zukunft Belgiens gehen wird, ist in den letzten zwölf Monaten mehr und mehr deutlich geworden. Offen bleibt, ob diese (sub)nationalistische Politik auf nationaler Ebene auch die zukünftige Europapolitik bestimmen soll.

Für die flämische Christdemokratie wäre dies sicher eine ebenso radikaler Bruch mit ihrer Europapolitik wie er mit der Spaltung der belgischen Christdemokratie im Jahre 1968 staatspolitisch begonnen hat. Nach dem Rückzug aus der belgischen Verantwortung würde nun der Rückzug aus der europäischen Verantwortung folgen – übrig bliebe eine (sub)nationalistische Interessenpartei, die ihre Wurzeln weitgehend verleugnet hätte.

Niederländische Christdemokratie

Einen historisch ähnlichen Weg, wenn in Details auch andere Schwerpunkte setzend, ging die niederländische Christdemokratie in ihrer Europapolitik. Wenn in diesem Zusammenhang die Rede von niederländischer Christdemokratie ist, so muss man sich verdeutlichen, dass der CDA (Christendemocratische Appell) als Partei erst seit 1980 besteht und zuvor drei Parteien als christdemokratisch bezeichnet werden konnten. Zum einen, und dies war neben der sozialdemokratischen PvdA stets die größte Partei im niederländischen Parlament, die KVP (Katholieke Volkspartij), daneben die protestantische ARP (Antirevolutionaire Partij) sowie eine kleinere Abspaltung der ARP aus dem Jahre 1908, die CHU (Christelijk Historische Unie). Alle drei Parteien verfolgten einen differenzierten Europakurs; Die Zustimmung zur europäischen Integration war sicherlich in der KVP am stärksten. Dies hatte vor allen Dingen den Hintergrund, dass der niederländische Katholizismus sich in den calvinistisch geprägten Niederlanden stets als Minderheit empfand und die Emanzipation des katholischen Bevölkerungssteils erst sehr spät begann: Die Vorläuferpartei der KVP – die Rooms Katholieke Staatspartij (RKSP) wurde erst 1923 gegründet. Dieser orientierte sich stärker an der Idee von Europa als Ort und Idee der Vorherrschaft des Katholizismus, ohne aber auf der anderen Seite seine

staatspolitische Verantwortung gegenüber dem niederländischen Staatswesen aufzugeben. Ein weiterer Gesichtspunkt für die starke pro-europäische Orientierung des politischen Katholizismus in den Niederlanden, war die Vorstellung eines katholisch-demokratischen Bollwerkes gegen die hegemonialen Bestrebungen der Sowjetunion nach 1945. Zugleich wollte die katholische Säule der niederländischen Politik aber auch ein abendländisch-katholisches Gegenmodell zur Vormachtstellung der USA innerhalb der westlichen Gesellschaften konsolidieren.

Diese drei Ausgangspunkte machten die KVP nach 1945 zur herausragenden Europapartei der Niederlande die der Europapolitischen Debatte immer wieder neuen Antrieb verlieh.

Idee der nationalen Vorbildfunktion

Etwas anderes und verbunden mit einem innerparteilichen Paradigmenwechsel stellte sich die Situation für die ARP dar: Ihr Europapolitisches Bewusstsein war nach 1945 weniger stark ausgeprägt als das der KVP – die Gründe lagen hier zum einen in der Idee von den Niederlanden als von Gott auserwählte Nation die den anderen Staaten Vorbild sein sollte, eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene wurde dann auch häufig von der Möglichkeit politischer und moralischer Einflussnahme durch die Niederlande auf den Europäischen Integrationsprozess abhängig gemacht. Zum anderen betrachtete man das augenscheinlich katholische Resteuropa mit politischem und intellektuellem Argwohn: Man fürchtete durch eine zu starke Europäisierung einen Verlust traditioneller protestantisch-reformierter Wertvorstellungen und den Verlust der nationalen Identität.

Andererseits strebte man innerhalb der ARP nach einer schnellen Aufnahme der Niederlande in die NATO und trug

auch die Idee der EWG mit – wenn auch in erster Linie aus Sicherheits- und Wirtschaftspolitischen Gründen.

Zu einem Wechsel der offiziellen Europapolitik der ARP kam es erst im Rahmen des Modernisierungsprozesses innerhalb der Partei ab Ende der sechziger Jahre. Im Rahmen der Übernahme zahlreicher Parteiämter durch junge, weniger ideologisch belastete Politiker begann die ARP auch außenpolitisch eine Politik der Öffnung und wurde zu einer Befürworterin eines supranational gestalteten europäischen Integrationsprozesses.

Explizit protestantisches Moment

Die dritte der christdemokratischen Parteien – die CHU – kann als Europakritischste Partei eingestuft werden. Dies hatte ähnlich wie in der ARP ideologische Gründe, das explizit protestantische Moment der Partei wurde hier noch stärker betont als in der ARP und die Angst beziehungsweise Gefahr einer Katholisierung der Niederlande durch die Europäische Integration lebte in der CHU besonders stark. Aber auch innerhalb der CHU zeichnete sich seit Ende der sechziger Jahre eine gewisse Pragmatisierung des Denkens ab, wenn dieser Pragmatismus auch nie die Pro-Europapositionierungen der KVP und der späten ARP erreichte.

Nach der Fusion

Als diese drei Parteien nun 1980 formalrechtlich zum CDA fusioniert wurden (nachdem sie 1977, nach anhaltenden Verlusten als Einzelparteien bei den Wahlen, als gemeinsame Listenverbindung antraten), stellte sich sehr bald die Frage, welcher europapolitische Kurs angestrebt werden sollte. Die überwältigende Mehrheit der neuen Partei – die Anhänger vor allen Dingen der alten KVP und ARP – sprach sich für einen deutlichen pro-europäischen Kurs mit der Idee einer „ever closer union“ aus.

Die Europapolitik des CDA wurde dann auch über zwanzig Jahre eine der aktivsten und integrationsfreundlichsten innerhalb der europäischen Christdemokratie, namentlich zu nennen ist hier der von der damaligen niederländischen Ratspräsidentschaft (unter den CDA Politikern Lubbers und van den Broek – beide ehemals KVP) vorgelegte Entwurf des Vertrages von Maastricht im Dezember 1990 (der dann aber am Widerstand aller anderen EG-Mitglieder – mit Ausnahme Belgiens und Luxemburgs – scheiterte), der eine sehr viel stärkere Supranationalisierung der Europapolitik vorsah und das Europäische Parlament als gleichwertigen Akteur neben den nationalen Parlamenten konstituieren wollte.

Konservativ versus christdemokratisch?

Eine politisch interessante Auseinandersetzung führte der CDA (gemeinsam mit der CVP und der PSC sowie der italienischen DC und der luxemburgischen CSV) auch innerhalb der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament: Ende 1990/Anfang 1991 versuchte eine Mehrheit der EVP – letztendlich erfolgreich – die britischen Konservativen und dänischen Konservativen in die Fraktion aufzunehmen. Geführt wurde dieser Versuch vor allen Dingen von der deutschen CDU unter ihrem damaligen Bundeskanzler Kohl. Seine Argumentation beruhte auf der machttaktischen Überlegung, dass eine möglichst breite EVP die europäischen Sozialisten auf Dauer marginalisieren könnte.

Die niederländischen Christdemokraten wehrten sich gegen diese (von ihnen so gesehene) Trennung der Christdemokratie von ihren europapolitischen Wurzeln; sie sahen die machttaktische Argumentation der CDU als eine Aufgabe klassisch christdemokratischer Positionen und befürchteten einen wirtschaftspolitisch neoliberalen und europapoliti-

tisch skeptischeren Kurs durch den Beitritt der britischen und dänischen Konservativen zur EVP.

Sicherlich wird in diesem Konflikt in erster Linie eine ideengeschichtlich unterschiedliche Gewichtung der Begriffe konservativ und christdemokratisch deutlich, aber es zeigt auch die – sicherlich realistische – Besorgnis um eine Verschiebung der Europapolitischen Akzente und Grundsätze innerhalb der EVP.

Eine ähnliche Diskussion wiederholte sich im Jahre 2000 um den Beitritt von Berlusconis Forza Italia zur EVP – auch hier wurden noch einmal die grundsätzlichen Europapolitischen Bedenken der niederländischen Christdemokraten gegen diesen offensichtlichen Positionswechsel der EVP deutlich.

Schwindender Einfluss der Supranationalisten

Mit der Regierungsübernahme durch den CDA-Politiker Balkenende (vormals ARP) im Jahre 2002 scheint sich auch ein Wechsel in der Europapolitik abzuzeichnen. Die „alten“ Supranationalisten innerhalb des CDA verloren und verlieren deutlich an Einfluss und in der gegenwärtigen Europapolitik beherrschen die pragmatischen Realisten als Akteure das politische Feld. Zwar wird die Notwendigkeit einer weiteren europäischen Inte-

gration anerkannt und wird die rasche Verabschiedung des Verfassungsentwurfes der EU eingefordert, aber zugleich wird Europa nur noch im Zusammenhang mit der niederländischen Identität genannt. Europa soll demnach wieder stärker die nationalen Belange berücksichtigen und nach dem Subsidiaritätsprinzip weiter gebaut werden (dies wurde etwa deutlich bei der Ansprache des Spitzenkandidaten des CDA für die Europawahl am 10. Juni 2004, Camiel Eurlings, und am 14. Februar 2004 auf dem CDA-Parteikongress in Utrecht).

Der CDA steht im Jahre 2004 – ähnlich wie der CD&V in Flandern – vor einem Paradigmenwechsel in seiner Europapolitik. Die Frage ist dabei weniger ob man in eine Art antieuropäisches Ressentiment verfällt, sondern vielmehr ob sich die Vorreiterparteien des europäischen Integrationsprozesses (neben der CDU) dauerhaft von ihren einstmal supranational-föderalistischen Ideen verabschieden und die Idee Europa nicht mehr ohne den Zusatz der nationalen Interessenpolitik denken können. Welche Auswirkungen ein solcher programmatischer Wechsel in der Europapolitik haben könnte, ist heute noch nicht auszumachen. Dass es der europäischen Idee nicht zugute käme, kann als sicher gelten.

Fütterung des Krokodiles?

„Qaida‘ heißt ‚Netzwerk‘. Folglich muss auch die Strategie der Staaten vernetzt sein. Die Amerikaner haben bereits lernen müssen, dass sie den Anti-Terror-Krieg nicht allein ausfechten können. Umso schlimmer die Tragödie, wenn das spanische Beispiel (Abzugsabsicht aus dem Irak) Schule machen würde. Die Internationale des Terrors kann nur durch die Internationale der Demokratie bezwungen werden. Andernfalls gilt das Wort Winston Churchills: ‚Beschwichtiger füttern das Krokodil in der Hoffnung, als letzte gefressen zu werden.‘“

Josef Joffe am 18. März 2004 in *Die Zeit*.